

Press release

Psychologische Hochschule Berlin

Katrin Eitner

05/02/2012

<http://idw-online.de/en/news475316>

Advanced scientific education, Studies and teaching
Nutrition / healthcare / nursing, Psychology, Social studies
transregional, national

Psychologische Hochschule Berlin beteiligt sich an Positionspapier zur Psychotherapieausbildung

Um den Reformdruck aus der Ausbildungspraxis heraus zu belegen, beteiligten sich Dr. Günter Koch, Geschäftsführer der Psychologischen Hochschule Berlin (PHB) und Prof. Dr. Frank Jacobi, Professur für Klinische Psychologie/ Verhaltenstherapie an einer Arbeitsgruppe des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) zur Erstellung eines Positionspapieres zur Reform der Psychotherapieausbildung. Die Psychologische Hochschule Berlin unterstützt das vom BDP verfasste Positionspapier zur Reform der Psychotherapieausbildung ausdrücklich und schliesst sich den Forderungen nach einer Nivellierung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) an.

In diesem Positionspapier werden Vorschläge für die Novellierung unterbreitet. Der Reformdruck sei durch die Veränderung der Hochschullandschaft, die im geltenden Gesetz keine Berücksichtigung finde, enorm gewachsen. Nach der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge könnten derzeit Bachelor-Absolventen pädagogischer Fächer eine Ausbildung zum Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten beginnen, während Absolventen der Psychologie, also dem Fach, das der Psychotherapie am nächsten liegt, einen Master-Abschluss benötigten. Hinsichtlich der Definition der Zugangsvoraussetzungen sieht der BDP in dem Beschluss des 16. Psychotherapeutentages mit genauen Angaben zu den im Studium zu erwerbenden Kreditpunkten eine gute und juristisch umsetzbare Orientierung. Denn der gesetzliche Bezug auf den Abschluss eines Hochschulstudiums sagt aus Sicht des BDP derzeit viel zu wenig über die tatsächlich erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten aus. Genauso unklar sei bisher die Abgrenzung der im Studium erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten zu denen, die in der psychotherapeutischen Ausbildung erst noch erworbenen werden sollen.

Schon länger bekannt aber deshalb nicht weniger akut sind die Probleme des Status und der Vergütung von Psychotherapeuten in Ausbildung. Per Gesetz seien sie Auszubildende, ohne dass das Berufsausbildungsgesetz und die darin formulierten Rechte und Pflichten für sie gelten. Gänzlich un geregelt ist durch die gültige Gesetzgebung die Vergütung während der Praktischen Tätigkeit, woraus in den vergangenen Monaten bereits mehrfach – auch durch Protestaktionen – aufmerksam gemacht wurde. Der BDP fordert einen Vergütungsanspruch für alle Phasen der Ausbildung. Die PiA sollten zudem unbedingt die Chance haben, in allen Berufsfeldern der Psychologischen Psychotherapie Erfahrungen zu sammeln, also auch im stationären Setting und im Rahmen von Beratungsstellen. Die Ausbildungsinhalte sollten alle wissenschaftlich begründeten Verfahren und Techniken (also nicht nur die aktuellen Richtlinienverfahren) einbinden.

Der in den zurückliegenden Monaten von verschiedenen Seiten diskutierten Direktausbildung von Psychotherapeuten an Universitäten und Hochschulen – also ein Studium, das mit der Approbation abschließt – von Psychotherapeuten an Universitäten und Hochschulen steht der BDP zum jetzigen Zeitpunkt äußerst skeptisch gegenüber. Der Verband fürchtet beispielsweise, dass durch die dazu notwendige Verlagerung der Praktischen Tätigkeit ins Studium die Vorteile dieser Praktischen Tätigkeit, nämlich die praktische Durchführung von Diagnostik und Therapie unter Anleitung und Supervision verloren gingen. Bei geringeren Lerneffekten bliebe sie zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit als Praktikum unbezahlt. Die Fachkunde würde erst nach der Approbation erworben. So wäre zwar eine Verkürzung der Ausbildung bis

zur Approbation möglich, aufgrund von berechtigten Bedenken gegen die Qualität, z.B. im Vergleich mit der entsprechenden Facharztausbildung, politisch vermutlich nur schwer durchsetzbar und nachteilig für die Gleichsetzung von Psychotherapeuten und Fachärzten.

Der BDP befürchtet zudem, dass je nachdem, welches der diskutierten Modelle favorisiert würde, bei einem Studium der Psychotherapie ein Großteil der psychologischen Inhalte auf der Strecke bliebe. Dem Vorteil der frühen Spezialisierung stünde der Nachteil der Verengung des Horizonts gegenüber. Die Verfasser des Positionspapiers appellieren daher eindringlich, bei der Reform der Psychotherapieausbildung nicht die offenkundigen Fehler der medizinischen Ausbildung zu wiederholen. Sie rufen die Politiker auf, die juristischen, hochschul- und gesundheitspolitischen Konsequenzen einer Direktausbildung von Psychotherapeuten zu bedenken. "Veränderungen sind notwendig und möglich – auch ohne Direktausbildung.", so der Leiter der Arbeitsgruppe BDP-Vizepräsident Heinrich Bertram.

URL for press release: http://www.bdp-verband.de/bdp/politik/2012/120403_ausbildung.pdf Das Positionspapier zum Download (PDF)

Attachment Positionspapier zur Reform der Psychotherapieausbildung <http://idw-online.de/en/attachment16508>